

Gefühlungen nehmen die Anstrengung und für Neuartiges die Bedürfnisse entgegen. - Erstmalig wortähnlich Aussprach. Anhänger Dr. A.

Telegramme: Tageblatt Rittergasse. Enthalten die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts aus. Datum: 1900; Seite: 1 von 10 Seiten.

Nr. 131

Kreitag, den 6. Juni 1924

19. Jahrgang

Die Parteien zur Regierungs- erklärung.

Reichstagswahl vom 5. Febr.

Präsident Wallraf eröffnet die Sitzung um 10,20 Uhr. Das Wort erhält zuerst Abg. Dr. Scholz (D. W.), der im Namen des Zentrums, der Deutschen Demokraten und der Deutschen Volkspartei folgende Erklärung abgibt:

folgende Erklärung abgibt:

Die drei genannten Fraktionen haben seit Beginn der Verhandlungen über die Regierungsbildung keinen Wechsel darüber gelassen, daß ihr Ziel die Einigung des Reichstaats auf möglichst breiter Front zur Erledigung der außenpolitisch im Vordergrund stehenden außenpolitischen Fragen war. Sie haben dieses Ziel in langen, immer wieder erneuten Verhandlungen zu erreichen versucht. Dabei stand für sie von vornherein unverrückbar fest, daß bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage des gesamten Vaterlandes und bei der Lage der besetzten Gebiete im besondern, die schleunige Annahme des Sachverständigen Gutachtens als Grundlage für eine schnelle Lösung der Reparationsfrage unbedingtes Erfordernis sei. Nur eine solche Haltung der Regierung wird unserer Wirtschaft die notwendigen ausländischen Kredite zuführen können, ohne die die wirtschaftliche Katastrophe kaum aufzuhalten ist. Dieser Standpunkt bedeutet: Festhalten an der bisher von der Regierung eingeschlagenen Richtung der auswärtigen Politik. Ohne ein klares und eindeutiges Bekennen hierzu, war eine materielle Grundlage für die Regierungsbildung nicht zu gewinnen. Eine solche eindeutige Erklärung war zum lebhaftesten Bedauern der drei Parteien von der Deutschnationalen Volkspartei trotz stets erneuter Versuche nicht zu erlangen. Die mit ihr geführten Verhandlungen mußten daher als gescheitert angesehen werden. Einen anderen Weg zur schiefen Bildung einer aktionsfähigen Regierung, als die Einigung auf der Basis der bisherigen Koalition, gab es nach Lage der Dinge nicht mehr. Die drei Parteien haben infolgedessen im Interesse des Vaterlandes das Ohr auf sich nehmen müssen, zur Bildung der gegenwärtigen Regierung zusammenzutreten.

Wir sprechen der Regierung
das Vertrauen aus.

dass sie im Verfolg ihres Programms nunmehr schleunigst alle Vorbereitungen trifft, die auf Grund des Sachverständigengutachtens erforderlich sind. Wir erwarten, dass sie gleichzeitig diejenigen politischen Forderungen durchsetzt, die sie selbst als unerlässlich für die Ausführung des Sachverständigengutachtens bezeichnet hat. Nur ein solches Verhalten der Regierung entspricht den wirtschaftlichen Notwendigkeiten, aber auch den politischen Forderungen des Volkes. (Sehr wahr bei den Mittelparteien. Widerspruch rechts. Kluge bei den Nationalsoz.: Das Volk hat mit dieser Regierung nichts zu tun!) Wer sein Vaterland liebt, der muss im Augenblick höchster Not national fühlen und auch den inneren Zwang empfinden, national zu handeln. (Vorfall bei den Mittelparteien.) Das getan zu haben, nehmen wir für uns in Anspruch. (Große Unruhe und Kurse bei den Nationalsoz. und Deutschnationalen. Vorfall bei den Mittelparteien.)

Abg. Graf Westarp (Dtschn.): Die Regierung hätte feststellen müssen, daß das Schuldbekenntnis des Artikels 232 des Versailler Vertrages unwahr war und nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Auch die Erörterung des Sachverständigengutachtens hätte dazu Anlaß geben können. Eine Regierung, die zu diesem Gutachten Stellung nimmt, muß Widerspruch gegen die Schuldfrage erheben. Wir haben das zu einer Bedingung unseres Eintritts in die Regierung gemacht. Ob diese Bedingung angenommen worden wäre, ist uns nicht mitgeteilt worden. Die Rücksicht auf das Ausland darf nach unserer Auffassung nicht hindern, gerade in diesem Punkte den Forderungen der Wahrheit und der Ehre gerecht zu werden. (Sehr richtig rechts.) Das Wahlresultat vom 4. Mai verlangt einen vollständigen Umschwung der Gesamtpolitik. Der Verlust von über 100 Sitzen der großen Koalition war ein Ereignis, an dem die Regierung nicht vorübergehen durfte. Die Aufgabe unserer Partei, die jetzt 105 Mitglieder zählt, war und ist es einen grundlegenden Umschwung herbeizuführen. Wir sind entschlossen, alles zu tun, um zu einer Regierungsbildung zu gelangen, wo auch wir entscheidend unserer Stärke entsprechenden Einfluß gewinnen. Bei den Verhandlungen haben wir, das Ihnen wir mit ehrlichem Gewissen sagen, ein Entgegenkommen gezeigt, das bis an die äußerste Grenze ging.

Ich habe mich dem Eindruck nicht entziehen können daß das gestrige Regierungsvorogramm des Reichskanzlers an den großen Problemen vorübergegangen ist. Ge-

steht im Vordergrund ein energischer Kampf gegen die moskowitische Sowjetpartei. Die Partei will Deutschland aussiefern einer Herrschaft des Schreckens und nach ihrem eigenen Geständnis geht sie dazu den Weg des Bürgerkrieges (Widerspruch und Lärm bei den Stommi.). Nur ein starker Reichspräsident und ein starker Wille kann dieser Gefahr vielleicht Herr werden. Das Bürgertum wird sich dieser Gefahr entgegensezten. Und zu diesem Bürgertum gehören auch Millionen deutscher Arbeiter, die bereit sind, die Gefahr abzuwehren. Dazu gehört vor allem, daß die Regierung, an der wir uns beteiligen würden, einen entschiedenen und klaren Trennungsstreich gegenüber der Sozialdemokratie zieht. (Sehr richtig.) Die immer wiederkehrende Behauptung aus den letzten fünf Jahren, in Deutschland könne nicht mehr ohne oder gegen die Sozialdemokratie regiert werden, trifft nicht zu. Es kann nur gegen sie regiert werden. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Deshalb verlangen wir auch eine Änderung der Regierungsverhältnisse in Preußen als Ergebnis der Wahl vom 4. Mai. Eine Annahme des Sachverständigengutachtens im ganzen scheint mir verfrüht zu sein. Die Lage in Deutschland ist wesentlich dadurch verschlechtert, daß die Sozialdemokratie von vornherein verlangte, daß das Gutachten, so wie es ist, angenommen werden müsse.

Der Redner schließt mit einer Erklärung, in der es heißt: Der Reichspräsident hat unter völliger und offenbar planmäßiger Außerachtlassung des in dem Wahlergebnis zum Ausdruck gelangten Willen des Volkes nicht den Führer der stärksten Partei, sondern den zurückgetretenen Reichskanzler mit der Regierungsbildung beauftragt und damit den Gang der Verhandlungen in die Hände der bisherigen Minderheitsregierung gelegt. Dennoch hat die Deutschnationale Volkspartei von Anfang an ihre volle Bereitwilligkeit zur Mitarbeit an der Regierung unter Zurückstellung eigener Wünsche unzweideutig bewiesen. In Erkenntnis der historischen Bedeutung der Stunde hat sie sich deshalb zu einer Regierung unter Vorsitz des bisherigen Reichskanzlers bereit gefunden und hat in sachlicher und persönlicher Beziehung eine außerordentliche Selbstverleugnung an den Tag gelegt. Trotzdem hat der Reichspräsident sowohl wie der bisherige Reichskanzler die Verhandlungen in einem Augenblick abgebrochen, in dem bei gutem Willen der anderen eine Vereinbarung noch möglich gewesen wäre. Die Deutschnationale Volkspartei zieht aus diesem Verhalten den Schluss, daß sowohl bei dem Herrn Reichspräsidenten wie bei dem ausschlaggebenden Teil der bisherigen Regierungsparteien der gute Wille zu einer Verständigung zu gelangen, gefehlt hat. Die Fraktion zieht daraus die gegebenen Folgerungen. Sie stellt vor dem deutschen Volke fest, daß sie zu der gegenwärtigen Reichsregierung kein Vertrauen hat.

(Lebhafte Beifall rechts.)

Reichskanzler Marx

entgegnet auf Vorwürfe, die Regierung sei in der Kriegsschuldfrage lässig gewesen, daß die jetzige Regierung niemals zugegeben habe, daß Deutschland den Krieg begonnen habe. Die Katastrophe von 1914 kann nur durch nüchterne, klare Forschung geklärt werden. (Zustimmung.) Den dem Reichspräsidenten gemachten Vorwurf muß ich zurückweisen. Solange das Kabinett noch nicht zurückgetreten war, war er nicht berechtigt, neue Schritte zu unternehmen. Es kann nicht anerkannt werden, daß es seine Pflicht gewesen wäre, die stärkste Partei mit der Regierungsbildung zu betrauen. Es muß die Sicherheit geschaffen werden, daß eine unzweideutige Erklärung dem Auslande kundgab, daß an der Richtung der bisherigen Außenpolitik sich auch nicht das geringste ändern würde. (Lebhafte Widerspruch rechts.) Der Reichskanzler erklärt, er habe den größten Wert darauf gelegt, Dr. Stresemann in der Regierung zu erhalten. Aber scheitern sollte die Koalition nicht an dieser Personenfrage, auch nach dem Willen Stresemanns nicht. Der Kanzler lehnt es ab, Einfluss auf preußische Verhältnisse zu nehmen. Er schließt mit den Worten: Herr Graf Westarp! Ihre Politik schützt die Rheinländer nicht! (Ranisanspannender Beifall in bar-

Abg. Böbe (Soz.) erinnert daran, daß Bismarck einmal gesagt habe, es sei leicht, in die Kriegstrumpe zu blasen, sich daheim am warmen Ofen zu wärmen und dem Wusstetier es zu überlassen, wie es ausgehe. (Bachen rechts.) Er befürchtet es, daß die Deutschnationalen nicht in der Regierung sitzen. Das sei erfreulich in Hinsicht auf das Wusland. Die Deutschnationalen hätten das Gutachten in ihrer Presse ziemlich milde beurteilt so daß man annehmen könnte, daß es nicht ohne weiteres abgelehnt werden würde. Ohne Annahme des Gutachtens hätten wir keine Aussicht, Amerika noch einmal an den Verhandlungstisch zu bringen und ausklü-

ische Kredite zu erhalten, ohne Annahme des Gutachtens gibt es keine Rückkehr der Gefangenen, keine Aufhebung der Münzumverträge. Die Kosten aus dem Gutachten müßten allerdings gerecht verteilt werden. Der Redner kritisiert dann scharf die Haltung der Kommunisten und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die wirklichen Arbeiter in dieser Partei doch noch einmal zur Besinnung kommen werden. Auch in den Reihen der Deutschvölkischen seien manche Leute, die früher stolz waren auf ihre weiße Weste und die jetzt diesen Schmutz mitmachen. (Stürmisches Widerspruch bei den Matrosen.) Hinter diesen Leuten zieht sich eine Spur von Blut. (Stürmische Unterbrechungen bei den Matrosen.) Sie schimpfen auf Sozialdemokraten und Juden und Herr Hennino bittet um eine Schutzvorde für Ludendorff. Die deutschvölkische Bewegung hat aber bereits in Thüringen und Bayern an Boden verloren. Mit ihren Fahnenweihen verlängern diese Leute die Militärfestivals. Die Sozialdemokratie wird diesen Kundgebungen republikanische Kundgebungen entgegensezieren. Sie steht auf der Schanze für die Republik. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Urg. Frau Götte (Komm.) nennt den Reichstag eine Maske der kapitalistischen Diktatur, das Verhalten der Sozialdemokraten als Lug und Trug. Nur in Rußland würden die Arbeiterinteressen vertraten.

Abg. v. Gräff (Natio.) sieht in den tumultsamen der letzten Tage den völligen Bankrott des Parlamentarismus. Mit der Demokratie sei man nun wirklich am Ende angelangt. Die stattliche Schar der Demokraten, die durch Wollsbeschwindelung in die Nationalversammlung gelangt sei, sei bis auf ein kümmerliches Hühnlein zusammengeschwollen. Das selbe gelse von der anderen Nachbarpartei in der Mitte. Der uns aufgezwungene Parlamentarismus, so erklärte der Redner, ist ein Wahnsinn. Wir wollen feststellen, wer den Mut hat, dieser Gesellschaft hier auf der Regierungsbank das Vertrauen auszusprechen. (Große Unruhe in der Mitte. Vizepräsident Dr. Bell rügt den Plauder.) Die Regierungsparteien haben nicht den Mut, selbst ein Vertrauensvotum einzubringen. Wir werden Ihnen daher die Schreibarbeit abnehmen und ein solches vorlegen, um Sie alle zu zwingen, Farbe zu benennen, auch die Sozialdemokratie. (Lebhafte Ahausse.) Aus diesem Grunde bringe ich folgenden Antrag ein: Der Reichskanzler und die Reichsminister besagen daß in Artikel 54 der Reichsverfassung gesetzte Vertrauen des Hauses.

Übg. Leicht (Wahr. Wp.) warnt die Nationalsozialisten
ringend davor, noch weiteren Haß zu säen. Damit würden
sie das deutsche Volk auseinandersprengen. Die Antwort der
Regierung auf den Vorschlag des Gutachtens sei erfreulich.
Sie hat diese Grundlage zur Lösung der Reparationsfrage
angenommen. In dem Gutachten werden allerdings die Ver-
hältnisse in Deutschland viel zu günstig beurteilt. Der Red-
er erklärte, daß seine Partei sich ihre Stellungnahme vorbe-
halte, sie werde prüfen, welche Gesetzentwürfe zur Durchfüh-
rung des Gutachtens notwendig seien. Von der Gestaltung
dieser Vorschriften werde ihre Gegenhaltung abhängen.

Wdg. H ampe (Wirtschaftl. Vereinigung) fordert Aufschaltung der Bwangsabtretung.

Abg. Künne (deutsch-sos.) wirft der Regierung Marx-
tresemann vor, daß sie Deutschland in den Abgrund der
Füllungspolitik stürze. Auch er verlange ihr das Vertrauen.
Das Gutachten sei ein Teufelswerk. Damit ist die erste Red-
eßlung erschöpft.

Vizepräsident Dr. Well teilt mit, daß der Außenminister Dr. Strehemann erst in der morgigen Sitzung sprechen wird. Die weitere Ausschreitung wird daher vertagt.

Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen.
Vizepräsident Dr. Bell teilt mit, daß folgende Anträge vorliegen:

1. Ein Antrag der Nationalsozialisten, der Regierung das Vertrauen auszusprechen. (Dieser Antrag wird natürlich von den Nationalsozialisten nicht unterstützt. Sie wollen darüber nichts. Die Sozialdemokraten stimmen dem Antrag zu.)

2. Ein Misstrauensvotum der Deutschnationalen Volkspartei.
3. Ein Misstrauensvotum des Kommunisten.

4. Ein Antrag der Regierungsparteien, wonach über alle anderen Anträge zur Tagesordnung übergegangen und einer formulierten Erklärung der Regierungserklärung konstintiert werden soll.

Darauf wird der Notentat in erster und zweiter Lesung angenommen. Er soll bis zum 30. Juli 1924 in Geltung stehen.

Nach einem Beschluss des Weltkonsrates soll der Reichstag am Freitag sich bis zum 24. Juni versammeln.

Richtige Sitzung: Freitag 10 Uhr. Fortsetzung der politischen Aussprache. Dritte Lesung des Rotatats. Schluß 6 Uhr.

Treispruch im Thormann-Grandel-Prozeß.

Im Prozeß gegen Thormann und Grandel, die wegen Mordung des Generals v. Seestadt angeklagt waren, wurde am Donnerstag vorw. 1/10 Uhr das Urteil gefällt. Das Gericht stellt fest, daß beide Angeklagte ohne Zweifel die Bekettigung des Generals v. Seestadt wünschen. Trotzdem kann eine Verurteilung nicht erfolgen, da eine Verabredung nach Paragraph 49b nur dann vorliegt, wenn die sich Verabredenden überstimmend ihren ernstlichen Willen zur Teilnahme als Täter oder Mithelfer zum Ausdruck gebracht haben. Dagegen gibt es keine Verabredung mit einem Spiegel, weil dieser ja gar nicht den Erfolg will. Voraussetzung zur Strafbarkeit ist der ernstliche Tatwille. Das Gericht verkündet deshalb folgenden Spruch: Die Angeklagten werden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Das Urteil wurde von den beiden Angeklagten mit sichtlicher Freude aufgenommen. Von verschiedenen Seiten wurden sie bejubelt. Weder im Saale, noch vor dem Gerichtsgebäude fanden irgendwelche Kundgebungen statt. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, wird die Staatsanwaltschaft sofort Revision beim Reichsgericht gegen das Urteil anmelden.

Dieses Urteil wird in weiten Kreisen Deutschlands starke Kopfschütteln erzeugen. Die Begründung des wohl nirgends erwarteten Treispruchs erscheint reichlich konstruiert, und auch nicht frei von Widerspruch. Es ist angesichts dieser mehr als seltsamen Geschehnisse nicht nur begreiflich, sondern unseres Erachtens eine Selbstverständlichkeit, daß der Staatsanwalt sofort Revision angemeldet hat.

Kommunistische Umsturzvorbereitungen.

Verbot der kommunistischen Blätter in Sachsen.

Wie wir hören, sind auf Veranlassung der sächsischen Regierung sämtliche kommunistischen Blätter Sachsen bis auf weiteres verboten worden. Dazu gehört der „Kämpfer“ Chemnitz, das „Volksblatt“ Dresden, die „Sächsische Arbeiterzeitung“ Leipzig mit ihrem Kopfschlag „Ostthüringer Tribune“. Als Grund wird von zuständigster Seite angegeben, daß in mehreren Artikeln dieser Blätter zu gefährlicher Aenderung der Verfassungsform aufgefordert worden ist. Wie man uns mitteilt, ist inzwischen eine andere Zeitung, die sich „Die Arbeiterzeitung“ betitelt, in sächsischen Großstädten erschienen. Von der zuständigen Stelle konnte aber noch nicht festgestellt werden, ob es sich um eine Ersetzung für die verbotenen kommunistischen Blätter handelt. In diesem Falle würde die „Arbeiterzeitung“ ebenso gut dem Verbot unterliegen.

Ebenso hat der thüringische Minister des Innern die Herstellung und Verbreitung der in Jena erscheinenden kommunistischen „Neuen Zeitung“ auf die Dauer vom 4. bis 25. Juni verboten.

Verbot des „Roten Tages“ in Leipzig.

Der Reichsminister des Innern Dr. Torres hat folgende Verordnung erlassen: Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Abwehrstaatsfeindlicher Bestrebungen vom 28. Februar 1924 verleihe ich den für den 8. Juni d. J. in Leipzig geplanten Reichsarbeiterkongress („Roter Tag“), weil er lediglich zur Vorbereitung des von der kommunistischen Partei Deutschlands betriebenen gewaltfahrenden Umsturzes dienen soll. Auwiderhandlungen gegen das Verbot werden nach Paragraph 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924 mit Gefängnis und Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft, sofern nicht nach anderen Strafvorschriften eine schwere Strafe verhängt ist.

Der kommunistische Abgeordnete Berth gewaltsam aus dem Landtag entfernt.

Zu einem unruhigen Kravall kam es in der Landtagsbildung vom Donnerstag, in der die Kommunisten einen Antrag sofort brechen haben wollten wegen Verbots der kommunistischen Zeitungen. Als ihnen das verweigert wurde beschimpften sie die bürgerlichen Abgeordneten mit Ausdrücken wie Lümpen usw. Der tumult steigerte sich noch, als der Landtagspräsident vorschlug, daß die nächste Landtagsbildung erst in vierzehn Tagen stattfinden solle, und als dieser Vorschlag mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten und Unionssozialisten angenommen wurde. Der Kommunist Berth sprang zum Präsidententisch hinauf, entriß dem Präsidenten den Hammer, schleuderte ihn zunächst gegen den Regierungstisch und dann mit dem Hufe in den Saalhinterin. Von der Tribune erscholl in diesem Augenblick der Ruf: „Nieder mit den Kommunisten! Geht auf Eure Spielplätze zurück!“ Die Kommunisten antworteten: „Haltest die Freien! Ihr Gurken!“ Der Präsident hatte inzwischen die Saalkrone in Bewegung gesetzt; unter allgemeinem tumult verließen zunächst die Regierung dann die Abgeordneten, zuletzt die Kommunisten den Saal. Inzwischen war auf mehreren Kraftwagen Sipo herangeholt worden.

Um halb vier Uhr wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Präsident Winkler erklärte Berth wegen seines Verhaltens für die heutige Sitzung fit ausgegeschlossen. Berth verzerrte sich zu geben, so daß der Präsident nach mehrfachen Bemühungen die Sitzung wiederum um 10 Minuten vertäute und den Abstimmungsausschuß zusammenrief. Als nach Wiederaufnahme der Sitzung Berth immer noch im Saale anwesend war, wurde er auf Anordnung des Präsidenten Winkler durch Schutzpolizei gewaltsam entfernt. Matz-

ich gab es dabei wieder höchst ablehnende Abstimmungen der Kommunisten. Vier Stunden wurden so nutzlos verbraucht. Erst dann konnte in die eigentliche Sitzung eingetreten werden.

Kommunistisch-socialistische Brüderei im mecklenburgischen Landtag.

In der Vollstzung des mecklenburgischen Landtages in Schwerin vom 4. Juni kam es vor der Neuwahl des ersten Präsidenten, für den die Deutschnationalen als stärkste Partei den Abgeordneten Metterhausen vorschlugen, zu lärmenden Auseinandissen und einer Prügelei zwischen dem sozialdemokratischen Führer Woltmann und dem Kommunisten Wenzel. Unter großer Erregung und ungeheurem Lärm wurde die Sitzung schließlich geschlossen.

Mit dem Amt kommt der Verstand

manchmal auch bei den Deutschnationalen. Während die Redner der Rechten draußen im Lande gegen die Erfüllungspolitik wetterten, hat bekanntlich der deutsch-nationalen mecklenburgische Ministerpräsident v. Brandenstein dem Sachverständigenkonsortium zugestimmt. Und liegt in Württemberg: kaum ist Herr Basile — übrigens ein Halbfranzose — Staatspräsident geworden, so erkenn auch er dieses Gutachten an. Die alte ehrliche „Deutsche Tageszeit“ aber unterdrückt ihmhaft diesen Pausus aus Basilles Regierungserklärung.

Die französische Regierungskrise, die zum außen, wenn nicht zum größten Teile eine Präsidentschaftskrise ist, hat immer noch nicht ihr Ende erreicht, sondern erscheint zu weit verzweigt als je. Der Block der Linken, der einzige Träger einer Regierung, die Dauer verspricht, verlangt den Rücktritt des Präsidenten Millerand; Millerand weigert sich zu demissionieren, weil er im gegenwärtigen Augenblick keine verfassungsmäßige Nötigung dazu sieht. Er ist bereit, mit Herrlot, dem Ministerkandidaten des Blocks der Linken, wegen Übernahme der Regierung zu verhandeln, aber er verlangt von ihm eine Änderung seines Regierungsprogramms, in die Herrlot nicht willigen wird. So wird der Präsident vornehmlich mit anderen Politikern konferieren, und es sieht beinahe danach aus, als werde zunächst ein Übergangsministerium geschaffen werden, um die Entscheidung der Kammer und des Senats über die Präsidentschaftskrise in den verfassungsmäßigen Formen herbeizuführen. Eine komplizierte Situation, aus der ein schneller Ausweg vorläufig nicht erkennbar ist!

Der russische Handelskrieg gegen Deutschland. Die „Morning Post“ meldet aus Moskau: Die Abstimmung im Sowjet über die neue ultimative Note an Deutschland ergab eine Mehrheit von 37 Stimmen. Der Sowjet beschloß ferner, die Konsulate in Deutschland vom 1. Juli an bis auf weiteres zu schließen. Trotzdem Antrag, den Streitfall einem Schiedsgericht zu unterbreiten, wurde abgelehnt. — die russische Handelsvertretung lädt durch Botschaftsschreiben von Königsberg an ihre Geschäftsfreunde aufzufordern, alle seit dem März dieses Jahres getroffenen Vereinbarungen zu annullieren. Für die fehlenden Abschlüsse werden die deutschen Konsulnaten aufgefordert, ihre Anträge bis 20. Juni der Gesandtschaft in Berlin einzureichen.

Landtag.

Nach Beendigung der an anderer Stelle dieses Blattes beschriebenen Tumultszene wurde gestern die Landtagsbildung mit einer Geschäftsbildungssitzung begonnen. Hierauf wird beschlossen, die nächste Sitzung am 19. Juni abzuhalten. Darauf tritt das Haus in die Erledigung der Tagesordnung ein.

Die nachgelagerte Strafverfolgung der Abgeordneten Ellrodt und Böpfel, die bei ihrer seinerzeitigen Entfernung aus dem Landtag der Polizei Widerstand leisteten und sie beleidigten, wird genehmigt, ebenso die Strafverfolgung des Abg. Sievert, der die Polizei in der Presse beleidigt hatte. Gegen die Genehmigung der Strafverfolgung stimmen nur die Kommunisten und die sozialistische Minderheit um Kral und Liedmann. Die Kommunisten schreien Faschismusunrecht — Die Strafverfolgung des Abg. Schenkel (Kom.) findet infolge einer Zusammensetzung gleichfalls Genehmigung durch die Stimmen der drei bürgerlichen Parteien.

Es folgt die Beratung über die Vorlage über die einstweilige Erhöhung der Beamtenbezüge in Verbindung mit einem kommunistischen Antrag, die vom Reichsfinanzminister vorgeschlagene Gehalts erhöhung abzulehnen. Ministerpräsident Heldt: Gegen die Beamtenbeschaffungsregelung des Reiches machen sich von allen Seiten bürgerliche bemerkbar, besonders aber auch seitens der Länder und Gemeinden. Es sind dieselben Gründe, die die Regierung veranlaßt haben, die Angelegenheit einstweilen so zu regeln, daß Vorschläge gezahlt werden. Die Besoldungsregelung ist im Reich überarbeitet worden, ohne vorher die Länder und Gemeinden zu fragen. Das Reich hat gegen die vorläufige Regelung Einspruch erhoben. Dies geht von der irrgang Voraussetzung aus, als es annimmt, das sächsische Gesamtministerium habe bereits eine Reutergelung der Beamtengehälter vorgenommen, die von der des Reiches abweiche. Das ist nicht geschehen. Die Regierung hat sich darauf beschränkt, vom Landtag die Ermauerung zu erbeiten, den Beamten und Lehrern auf die künftige Regierung ihrer Bezüge Vorschläge zu gewähren, allerdings mit Aufschlagnen für die Klassen 1 bis 4. Die endgültige Regelung wird entsprechend den Vorschlägen des Reichstages erfolgen.

Der kommunistische Antrag wird abgelehnt, die Vorlage einstimmig angenommen.

Essentielle Stadtverordnetenversammlung

am 5. Juni 1924.

Erneut: 25 Stadtverordnete. Auf der Tagesordnung stand die Wahl des Stadtverordneten-Vorsteheres und seiner beiden Stellvertreter und die Beratung des Haushaltplanes. Nur das Amt des Stadtverordneten-Vorsteheres werden von der kommunistischen Fraktion vorgeschlagen der Stadtverordnete Schmalzak, von der bürgerlichen Fraktion Erster Bürgermeister Hofmann. Von 25 eingegangenen Stimmzetteln, lautete 8 auf Herrn Schmalzak, 17 auf den Ersten Bürgermeister Hofmann, letzter ist sonach mit 17 Stimmen der bürgerlichen und sozialdemokratischen

Stadtverordneten gewählt. Er nimmt die Wahl als einen Beweis des Vertrauens des Kollegiums dankend an und verspricht, daß Amt streng unparteiisch zu führen. Dem bisherigen Stadtverordneten-Vorsteher Frey dankt er für seine vierjährige vorzügliche Geschäftsführung im Namen des Kollegiums. Unter der Leitung des neuen Vorsteheres erfolgt die Wahl des 1. und 2. Vizevorsteher. Vor Eintritt in die Wahlhandlung geben die Kommunisten die Erklärung ab, daß sie sich an diesen beiden Wahlen nicht beteiligen würden. Mit 17 Stimmen, also einstimmig, wird Stadtverordneter Frey als 1. Stellvertreter und Stadtverordneter Rabe als 2. Stellvertreter des Stadtverordneten-Vorsteher gewählt. Beide erklären Wahlannahme. Im Anschluß hieran wird der Haushaltplan beraten. Erster Bürgermeister Hofmann gibt zunächst einen Überblick über den gesamten Etat und zieht Vergleiche mit der vorjährigen Papiermarkt- und Inflationswirtschaft, mit dem Haushaltplane 1914 und mit dem heute vorliegenden Entwurfe. Der Haushaltplan zeigt nach den heute gesetzten Beschlüssen ungefähr folgendes Bild:

Nr.	Rechnung	Ein- nahme in M. K.	Aus- gabe in M. K.	Bu- chung in M. K.	Über- schuß in M. K.
1	Grundstück für öffentl. Zwecke	110000	110000	—	—
2	Siedlungs Wohnhäuser	11610	11610	—	—
3	Grundstücksvermögen	21800	21800	—	—
4	Stadtspark, Siedlungen	10	7210	7200	—
5	Kapitalzinsen	500	—	—	500
6	Unterhaltungen	68000	16000	—	52000
7	Gebühren und Strafen	27000	—	—	27000
8	Befolbungen	67300	303600	236300	—
9	Ruhigstellungs- u. Ruhelohnskasse	31535	31535	—	—
10	Schulischer Aufwand	2500	50700	54200	—
11	a) Standesamt	1300	5600	4300	—
	b) Wohnungsschulamt	1200	2100	900	—
	c) Gewerbe u. Kaufmannsgericht	2250	3350	1100	—
12	Gördele gemeinn. Betreibung	100	14000	13900	—
13	Schuldenliquidation und Verzinsung	47000	100000	53000	—
14	Strafen, Pläne, Brüder	9670	7070	60400	—
15	Öffentliche Beleuchtung	—	16000	16000	—
16	Feuerlöschwesen	7100	9700	2600	—
17	Hilfsorgearmt	19450	9950	80500	—
18	Stadtfrankenshaus	6200	12500	6300	—
19	Wohlfahrtspflege	9100	36100	27000	—
20	Bevölkerungswesen	1150	29150	28000	—
21	Arbeitsamt: a) Erwerbsl.-Hilf.	—	20700	20700	—
	b) Arbeitsnachweis	—	—	—	—
	c) Berufsberatungsstelle	65000	65000	—	—
23	Speiseanstalt	4500	5200	700	—
24	Freibad	4200	4600	400	—
24a	Bad in der Oberrealschule	68000	130000	62600	—
25	Oberrealschule	31300	38600	7300	—
26	Gewerbeschule	37900	61100	21400	—
27	Handelsschule	1000	2200	600	—
28	Kloppeischule	5100	108500	103500	—
29	Bürgerschulen	905000	163000	—	742000
30	Steuer- und Abgaben	200	12800	12600	—
		1569375	1569375	821500	821500

Bei Beratung des Haushaltplanes wird der Wunsch ausgesprochen, einige Beamte der Gruppe 2 in Gruppe 3 einzurichten. Diese Sache wird vorerst den Finanzausschuss beschäftigen. Bei dem Kapitel „Städtische Straßen und Plätze“ äußert man den Wunsch, die Besperrung der Straßen möchte zukünftig intensiver wie bisher erfolgen. Bei Rechnung 17, Fürsorgeamt, wird ein Kapitel 8, Wochenfürsorge, angegliedert. Hierfür werden 3000 Mark zur Verfügung gestellt. Von einer Seite wird die Notwendigkeit der Errichtung einer Pflegestation in den Betrieben des Stadtfrankenshauses betont. Bei Beschlussfassung der Angelegenheit wird der Krankenhausausschuss um gutachtl. Vorschlag ersucht. Stadtverordneten-Vorsteher Frey bringt verschiedene Bevorstellungen über politische Bedeutung von Angehörigen der hiesigen Oberrealschule vor. Stadtverordneter Achinger, der Leiter der Oberrealschule, wird die Angelegenheit erörtern und, falls die Beschwerden der Wahrheit entsprechen sollten, für Abhilfe sorgen. Bei einigen Kapiteln werden erhöhte, bei anderen erniedrigte Beiträge eingestellt. Auf die Tagesordnung der Sitzung steht man noch den in der letzten Sitzung vom Stadtverordneten Wolf gestellten Antrag wegen Unterstützung der notleidenden Bergarbeiter. Der Finanzausschuss hat hierzu beschlossen, 1000 Mark zu bewilligen zur Unterbringung notleidender Bergarbeiter-Kinder in gute Pflegestellen. Das Kollegium schließt sich diesem Vorschlag an mit der Maßgabe, daß dieser Betrag erst dann zu verwenden, wenn der Lohnanfang belegt sein wird, um jeden Schein der Einnahme in den Kampf zu vermeiden. Schließlich werden noch einige kleine Anträge beantwortet. Schluss der Sitzung gegen 10 Uhr.

Von Stadt und Land.

Freitag, 6. Juni.

Bor. Einigungsverhandlungen im sächsischen Bergbau. Oberbürgermeister Holz und Amtshauptmann Müller-Hvidau waren als Vertreter der Stadt und des Bezirkes Auerbach am Mittwoch im Reichsbaudirektorium in Berlin vorstellig geworden, um eine Vermittlungskommission zur Beliegung des sächsischen Bergarbeiterfortschrittes in die Wege zu leiten. Beide Herren haben mit dem Vertreter des Reichsbaudirektoriums, dem Oberschulthei Dr. Tiburtius, vereinbart, wenn Einigkeit bei beiden Parteien besteht, sofort Einigungsverhandlungen einzuleiten. Die vereinbarten Verhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern sollen, wie wir hören, am Freitagabend unter Vorsitz des Herrn Dr. Tiburtius in Berlin stattfinden.

Der sächsische Lebenshaltungsindex

HERREN-KONFEKTION

Herren-Stoff-Anzüge	pa. Verarbeitung, moderne Muster	38.00
Bürochen-Stoff-Anzüge	prima Verarbeitung 39.50	22.50
Knaben-Stoff-Anzüge	Verarbeitung für 10 bis 13 Jahre	18.50
Knaben-Stoff-Anzüge	Sportanzug für 6 bis 8 Jahre	9.50
Herren-Dovercoat-Mäntel	ganz auf Falten reine Wolle, mod. Faltenform	38.00
Herren-Gabardine-Mäntel	reine Wolle, mod. Faltenform	58.00
Herren-Hosen	aus guten Salinestoffen, moderne Stoffen	6.85

KAUFAUS SCHOCKEN

Prächtige Beleuchtung!

Prächtige Beleuchtung!

Sächs. Schweiz, Oberschlema

Bringe während der Feiertage meine Lokalitäten in empfehlende Erinnerung im großen Ballsaal am 1., 2. und 3. Feiertag.

Feine Ballmusik.

Neues Parkett.

II. Küche, gutgepligte Weine und Biere.

Um gütige Unterstützung bitten.

W. Otto.

Prächtige Beleuchtung!

Pächtige Beleuchtung!

Naturtheater Lößnitz

Volksschule e. V.

Am 1. Pfingstferitag, nachm. 3 Uhr
Die Galgenhochzeit

Märchenkomödie in 3 Akten von Hans Pflanzer.

Abends 7½ Uhr

Nathan der Weise

Ein dramatisches Gedicht in 5 Akten (10 Bildern) von G. E. Lessing.

— Ende 10 Uhr. —

Am 2. Pfingstferitag, nachm. 3 Uhr
Der G'wissenswurm

Bauernkomödie in 3 Akten v. Ludwig Anzengruber.

— Ende 5 Uhr. —

Tauschermühle bei Aue.

Morgen Sonnabend
abend von 6 Uhr ab großer Pfingstball.

Ring

Lebensmittelhäuser
Aue i. Erzgeb.

Wettinerplatz 1

Fürs Pfingstfest!

Ein großer Posten harte Dauerware
Ja. Salami, konkurrenzl. Qualität
Ja. Cervelatwurst, konkurrenzl. Qualität

1 Pfund nur 2.— Mk.

Ja. Landleberwurst Pfd. 0.80

Ja. Landblutwurst Pfd. 0.80

Ja. Landbratwurst Pfd. 1.

Ja. Fleischsalat Pfd. 1.10

Ja. gek. Schinken ½ Pfd. 0.55

Roli, Nuß- und Lachsschinken

Ja. Rindertalg Pfd. 0.40

garant. reines Schmalz Pfd. 0.70

Ja. amer. Sahne große Dose 0.50

echt Schweizer-Milch 0.55

Ja. Weizenmehl 65% gleichw. Pfd. 0.15

Mauxion Cacao konkurrenzlos

Mauxion Schokolade billig

Frucht - Konserven

bestes Fabrikat, spottbillig u. a.

Ja. Pflaumen 4 Pfd.-Dose nur 1.60

Routiniertem Fachmann der
Herrenwäsche-Branche

mit Fabrikation und Handarbeit durchaus vertraut,
bietet sich Lebensstellung, evtl. auch Beteiligung.
Angebote unter M. Z. 2498 an die Geschäfts-
stelle dieses Blattes erbeten.

Honig

gar. rein Ja
in Mengen von 1/2 - 9 Pfund
verwendet
Großimkerei Ebersbach i. Sa.

Vortrag!

Für alle Hausfrauen und sonstige Interessenten:

Im Bürgergartensaale:

„Die Verwendung des Gases in Küche und Haushalt“

verbunden mit grossem Schaukochen und
Verteilung von Kostproben.

Mittwoch, den 11. Juni, abends 8 Uhr
Donnerstag, den 12. Juni, abends 8 Uhr

Vortragender: Herr Dintel - Berlin.

+ + +

Herstellung von Braten auf dem Grillrost. Braten von Fisch.
Backen von Kuchen und Gebäck. Zubereiten ganzer Mahlzeiten.
Verwendung der Kochkiste. Verteilen von Kostproben.

Ausstellung von Gas-Koch-, Brat-, Back- und Badeapparaten.

Zu zahlreichem Besuch lädt ein **Städt. Gaswerk, Aue.**

Für Schülerinnen findet Mittwoch nachm. 4 Uhr ein besonderer Vortrag statt.

Eintritt frei!



1. Feiertag **Morgengespenster**
Ratten - Männerstück
Sammler 1/2,60 Ro. - Spielplatz
Werke Neuwerder nicht angebrückt eingeladen

Tauben

Trümmer, gelb, Rülleläppchen,
verstrogen, gegen 21 Uhr,
abgerungen Bodauer Str. 36.

Junge Hunde

(Welpen), schön gelegte Tiere,
preiswert zu verkaufen.
Babesstrasse 19.

3 Matratzen.

wie neu, zu 20, 25, u. 30 RM.
zu verkaufen.

Schwarzenberger Str. 39, I. r.

Eine 18 stufige eiserne

Wendeltreppe

4 1/2 m hoch, 1 m breit,
preiswert zu verkaufen.
Angeb. unter „Eibenstock“
an das Amt Tageblatt erbet.

Existenz.

Wir vergeben an Kanton-
oder sonstige Sicherheit bie-
tende Herren, Damen jeden
Standes Auslieferungsstädter in
Haushaltartikeln (Anzüge,
Kleider für Herren u. Damen,
Wäsche, Schuhe, Koffer usw.)
befuß provisions-
weisen Verkaufs auf

Abzahlung an
sichere Kundschaft
Warenhäuser, Ansprechungs-
und Rateneinkassos wird mit
übertragen. Unbegrenzt große
Weiche Verdienstmöglichkeit
(Dauerkonten). Ausführliche
Angebote unter Angabe der
Art der Sicherheitsleistung an

August Rettig, G. m. b. H.,
Berlin W., Innstrackerstr. 18.

Zöpfe

färbi n. topfertig billigt
in flüssiger Zeit

Stern & Götger

Blöse n. Praktik ab 10.00
Bettdecken 45, umweltfreit

Leibwäsche

Li. onbüstenhalter, geschnürt, äußerst hältbar	2.25
Büstenhalter, seidenartiger Trikot, ange- nehmes Tragen	2.50
Damenhemden, la Hemdenstück, mit b. einer Stickerei und Einsatz, 105 cm	2.95
Damenbekleider, la Hemdenstück, mit hübscher Stickerei, extra weit	2.95
Mädchenhemden, viereckig, ausgeschnitten mit breiter Stickerei, alle Größen, 55 cm	2.00
Knabenhemden, mit halbem Arm, neuer Schnitt, alle Größen 45 cm	1.15

Strumpfwaren

Damenstrümpfe, gewebt, verstärkte Ferse und Spitze	0.55
Damenstrümpfe mit Doppelsohle und Hoch- ferse, feste Qualität	0.85
Frauenstrümpfe, 1 x 1 gestrickt, schwarz und braun, sehr haltbar	1.15
Maco-Damenstrümpfe, Doppelsohle und Hochferse	1.55
Damenstrümpfe, guter Seidenflock, Doppel- sohle und Hochferse, schwarz und braun	1.85
Damenstrümpfe, la Seidentor, mod. Farben	2.35
Damenstrümpfe, beige, braun, graumeliert, mit Laufmasche, Kunsseide	2.95
Sportstrümpfen mit modernen Rändern, beste Qualitäten	3.85
Herrensocken in Baumwolle und Seiden- flock, gestreift und einfarbig	1.85
	1.20

Herren-Artikel

Hosenträger für Herren, Gummi 0.95

Herrenhosenträger, starker Gummi, mit
Lederpaten, gute Ausführung

Sockenhalter, gute Ausführung 0.45

Sockenhalter, la Seidengummi, mit
Wäscheschoner 0.85

Sport- und Ledergürtel in großer Auswahl

Schuhumlegekragen, garantiert 4-fach

Weiche Krägen, gute Länge

Einsatzhemden, la Röpeinsatz, moderne

Stiefel, leinwandige Ware

Selbstbinden, Neuheiten, gestreift und ge-
mustert 5. - bis

Sportshirts in allen Größen 5.80 bis 2.40

Teilzahlung gestattet

Möbel- u. Polsterwaren

eigener Werkstätten.

Herren-

Anzüge, Paletots, Hosen.

Damen-

Mäntel, Kostüme, Kleider,

Röcke, Blusen.

Strickjacken u. Strickwesten.

Wäsche, Inlett, Gardinen.

Schuhwaren.

Sport- und Kinderwagen.

Paul Katz, Aue

Bahnhofstraße 34.

Auftung! Hausfrauen Aufitung!

Alle Töpfe und Schüsseln nicht vergessen. Treffe morgen
zum Wochenmarkt mit einer großen Sendung russischer
Gardinen 3 Pf. nur 50 Pf. ff. Bismarckheringe
8 Stück nur 50 Pf. Bratheringe u. russische Gar-
dinens in 2 Pfund Dozen, Doz. nur 1.20 M. pa. Ecks-
Wischobst Pfund nur 60 Pf. Krantzleinen 3 Stücke